



### Vollrecht in Gefahr!

Aber noch eine andere Parallele mit der Vorkriegszeit ist aus der Politik der jetzigen Reichsregierung gegeben. Wie die Regierenden der Vorkriegszeit, so glaubt auch die gegenwärtige Reichsregierung offenbar sich mit ihrer unbedingten eigenen Autorität über alles hinwegsetzen zu können. — Ueber die Meinung des Volkes ebenso wie über die Rechtsmeinung der höchsten richterlichen Instanz, wie die Ausführungen des Innenministers Herrn von Gayl zu dem Urteil des Staatsgerichtshofes in der Frage „Reich — Preußen“ zeigen. Bei all seinen Parallelen mit dem Altreichskanzler Bismarck scheint Herr von Papen eines vornehmlich außer acht zu lassen: die Erkenntnis, die auch ein Bismarck befaß: Daß es nicht möglich ist, gegen das Volk selbst und die Volksmeinung zu regieren. Eine Zeitlang mag man vielleicht die Volksmeinung ignorieren, auf die Dauer muß sie sich durchsetzen und zur Geltung kommen können, wenn nicht schlimme staatspolitische Explosionen und Erschütterungen folgen sollen. Wenn aber Herr von Gayl namens der Reichsregierung gegenüber dem Staatsgerichtshofsurteil in der Frage „Reich — Preußen“ erklärt, die Reichsregierung erachte es für ihre Pflicht, „auf dem in Preußen beschrittenen Wege folgerichtig und ohne Schwanken weiter zu gehen“, so ist das eine offensichtliche Ignorierung der Geltung höchsten Rechts und des Rechtsbewußtseins überhaupt, die außerordentlich bedenklich ist. Wenn von oberster Stelle solche Rechtsignorierung propagiert wird, wie will man dann vom Volke selbst und im Volke noch die Pflege eines gesunden Rechtsbewußtseins und Rechtsanerkennung erwarten? Solche Worte müssen geradezu demoralisierend wirken. Mit Recht weisen die Präsidien der katholischen Arbeitervereine auf diese Gefährdung des Rechtsbewußtseins unseres Volkes durch die Politik der Reichsregierung hin und warnen!

Bobin solche Politik führen muß, hat der Bayrische Ministerpräsident Held mit einer anerkennenswerten Offenheit in einer kürzlichen Rede ausgesprochen, in der er darauf hinwies, die Politik der Reichsregierung erstrebe nichts anderes als eine „Rechtlosmachung des Volkes“. Wie sagen doch die Präsidien der katholischen Arbeitervereine in ihrem offenen Briefe an Herrn Reichskanzler von Papen? „Sie werden von Schritt zu Schritt weitergetrieben, von Verfassungen widrigkeit zu Verfassungen widrigkeit“. Die Arbeiterschaft hat in diesem Drängen längst das Bestreben erkannt, den gegenwärtigen Volksstaat überhaupt zu beiseite zu lassen und das Mitbestimmungsrecht des Volkes in der Regierung aufzuheben. Das immer weitere Abgehen der Reichsregierung in ihren politischen Methoden von den Rechtsgrundlagen der Verfassung kennzeichnet den Weg zu diesem Ziel. Es ist der Weg zur politischen Diktatur einer kleinen „hauchdünnen Oberschicht“ über die Massen des Volkes.

Darum unser Hinweis auf den Ernst der gegenwärtigen Situation. Darum die Notwendigkeit, die Augen offen zu halten und bereit zu sein, für unser elementarstes Volksrecht, das der politischen Freiheit und Selbstbestimmung, einzutreten. Darum auch die Notwendigkeit unserer Bewegung; heute mehr denn je. Kommt es zu jenem grundsätzlichen Kampf um die Fundierung des Staates im Sozialen und Politischen, dann werden mehr noch als die Parteien die Gewerkschaften das Instrument sein, das die Arbeiterschaft in der Wahrung ihrer Belange und notfalls als Waffe gebrauchen muß.

Sorgen wir dafür, dieses Instrument stark — und schlagfähig zu erhalten!

## Eine Bilanz der Lohn- und Preisrevolution

Wenn die Anzeichen der Konjunkturmwicklung nicht täuschen, ist der tiefste Stand der Weltmarktpreise vor wenigen Wochen erreicht gewesen. Die Großhandelspreise sind wieder aufwärts gerichtet. Das gilt vorerst nur für Rohstoffe und einige Agrarprodukte des Welthandels. Doch man darf hoffen, daß damit der Wendepunkt der Konjunktur erreicht ist und ein langsamer Konjunkturanstieg beginnen wird. Wird diese Hoffnung erfüllt, dann wird der augenblickliche teilweise Preisanstieg auf andere Großhandelswaren übergreifen und sich später auch bei den Kleinhandelspreisen und Löhnen bemerkbar machen. Es wäre dann endlich die lang ersehnte historische Stunde gekommen, in der man sagen kann: die Deflation hört auf.

Wir wollen den Versuch machen, das Ergebnis dieser Preis- und Lohnrevolution für die wichtigsten Industriestaaten festzustellen. Zunächst geben wir eine Uebersicht über den Fall der Großhandelspreise vom Durchschnitt 1928 bis zum Tiefstande vom Juli 1932:

Deutschland	um 31,5 v. H.
Großbritannien	„ 36,2 „
U. S. A.	„ 38,3 „
Italien	„ 39,0 „
Frankreich	„ 36,1 „
Schweiz	„ 34,5 „

Danach ergeben sich Preisrückgänge zwischen 31,5 bis 39 v. H. In Deutschland haben die landwirtschaftlichen Schutzzölle dafür gesorgt, daß die Großhandelspreise für Agrarprodukte im Durchschnitt weit weniger gefallen sind als in den anderen Staaten, weshalb unsere Großhandelsindexziffer besonders seit 1931 schwächer fiel als in den anderen Ländern. Wollte man die Kaufkraft des Geldes an den Großhandelspreisen messen und einen durchschnittlichen Preisfall von 35 v. H. seit 1928 annehmen, so hätte die Preisrevolution dieser Epoche eine Aufwertung des Geldes um 53,8 v. H. bewirkt. Mit anderen Worten: Für 100 Reichsmark in Deutschland, oder 100 Dollar in U. S. A., oder 100 Geldeinheiten irgendeines Staates, der inzwischen keine Inflation gemacht hat, bekommt man heute im Großhandel durchschnittlich über 50 v. H. mehr an Waren wie 1928.

Nicht so stark ist die Vergrößerung der Kaufkraft des Geldes, wenn man sie an den Preisen für die Gegenstände des täglichen Lebensbedarfs mißt. Das hat verschiedene Ursachen. Einmal können die Preisabschlüsse im Kleinhandel proportional in der Regel nicht so groß sein wie im Großhandel, selbst wenn der Einzelhandel den vollen Preisnachlaß dem Kunden zugute kommen läßt, was er stets nur zögernd tut. Die Unkosten des Einzelhandels sind zu einem Teile recht unelastisch (Mieten, Steuern), wozu Umsatzrückgänge kommen, die eine relative Unkostensteigerung je Umsatzeinheit bedeuten, so daß zwar der Großhandelspreisanteil im Kleinhandelspreis fallen kann, die übrigen Preisanteile aber annähernd stabil bleiben. In den Indexziffern der Lebenshaltungskosten spielen außerdem Mieten, Heizung und sonstige Ausgaben (Zeitung, Verkehr usw.) eine große Rolle; das sind Ausgaben, die überall weit weniger im Preise gesunken sind als die eigentlichen warenartigen Bedarfsartikel. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die wichtigsten amtlichen Indexziffern der Lebenshaltungskosten nur den folgenden Rückgang von 1928 bis Juli 1932 aufweisen:

Deutschland	um 19,7 v. H.
U. S. A.	„ 20,0 „
Italien	„ 15,2 „
Italien (Mailand)	„ 12,3 „
Großbritannien	„ 14,5 „
Schweiz	„ 14,3 „
Holland	„ 16,6 „

Sineingestelltem in des wahnwitzigen Norden, die Verjüngung, die Zerjüngung antwortlich machte, ließ den Dichter das hirnansprechen, was er als Mensch fühlte und litt. In der Gedichtsammlung „Deutschland“ mußten die nationalen Ergüsse des Anfangs des Jahres „Herz, auflebe dein Blut“, den tiefsten menschlichen Ergebnissen weichen. Diese Gedichte sind kein Mittel der Selbsterhaltung, sondern ein Ruf der Verantwortlichkeit, Hoffnung auf eine neue Menschheit.

Da wählten sich die Vorbeeren derjenigen, die ihn als Trampeter wider Kriegstüder diese nicht genug wunden konnten, weil er wieder wurde, zu dem er bestimmt war: Säger des Werkvolks.

Und als dann das deutsche Heer, umgebracht besetzt mit flutgestilltem Jochen heimwärts zog, Krieger der Dichter, Krieger trug mit hartgepreßten Lippen. Er hämmerte in der Rheinebene, darüber immer die Rauchwolken als Fahnen der Arbeit hängen, auf seinen Knien. Er hämmerte in Ergoorte die Not der Arbeitslosigkeit, die Qual einer entseelten Arbeit, die Pein und Schmach der fremden Bekämpfung. Er wanderte hinein die Urursprünge der Menschheit, Haß und Liebe, Verzweiflung und Hoffnung, Kampf und Friede, Volk und Heimat, Werk und Feindesband. Ambrosialung und Eisenprobe schufen den Stahlgang.

Das war, da wir Schlangenscherben wurden, da das Spiel zerbroch und unsere Träume in ein Land der Sehnsucht fliehen, in dem Eisenbergs Wälder und Brunnen zwischen, Senas jüngerliche Heide blüht, Arsenikos und Arsenis Pieder klagen und Kowolis Hyantis singt. Das große Tor tat sich auf, und der Weg rüch verwehte im Gedächtnis. Wir suchten nach weizen, angepflanzten Liedern, die irgendwas in dem Gesänge der Götter, diesen mühten, nach Siedern vom Hammer, nach Siedern vom Hammer, nach Siedern vom Hammer und nach Siedern vom Hammer und nach Siedern vom Hammer.

Denn, es war zur Zeit, als wir, jung noch, mit Sehnsuchtsaugen und großen Glanzen anfangen, mit knabenhaften Füßchen das Banner des aufsteigenden Werkvolks zu tragen, schenkte sein Verjüng aus dieses Haß, „Reich im Eisen“. Janner werden wir dem Mann im Eisen dankbar dafür werden. Und das Verjüng im Eisen wird das hohe Lied des Werkvolks werden; denn Werkvolk braucht Verjüng.

Wir sind nicht nur ein Volk, wir sind ein Volk, die wir von Kriegerwägen und Ritterjahren, vom Zententel und Rechtschaffenheit aus führen, die wir den Fragen können, wenn der Herrschel windet, die Route klümt und ihr Blick in den Klängen eines Klängeleins hängen bleiben kann! Wir wollen den Träger im Eisen.

Es wird einmal eine Zeit kommen, wo wir das Joch der Arbeitslosigkeit, die Bürde der sozialen Zerküftung, die Last

Während die Senkung der Großhandelsindexziffern zwischen 32 und 39 v. H. betragen hatte, liegen die Rückgänge der Lebenshaltungskosten in den angeführten Ländern nur zwischen 12,3 und 20 v. H. Die Spitze halten die Vereinigten Staaten von Amerika mit 20 v. H. Das ist in der Hauptsache auf den tiefen Preisfall der Nahrungsmittel zurückzuführen, wogegen infolge der Ueberschußproduktion kein landwirtschaftlicher Schutz Zoll etwas ausrichten konnte.

Selbstverständlich handelt es sich bei der Verwendung der Indexziffern immer nur um ungefähre richtige Messversuche. Internationale Vergleiche sind eben außerordentlich schwierig, da die Berechnungsgrundlagen und Methoden der Indexziffern ganz verschiedenartig sind. Noch unzulänglicher müssen Vergleiche der Lohnbewegung bleiben, denn hierfür fehlen noch weit mehr als bei der Preisstatistik die regelmäßigen statistischen Erhebungen. In England wird vom Arbeitsministerium eine Indexziffer der Wochenlohnlöhne berechnet. Setzt man diese Indexziffer 1928 = 100, so fiel sie Ende 1929 auf 99, verharrte bis Ende 1930 auf diesem Stande, fiel dann bis Ende 1931 auf 97 und senkte sich bis Ende Juni 1932 auf 96. Die durchschnittliche Nominallohnsteigerung seit Beginn der Krise beträgt danach in Großbritannien nur 4 v. H. gegenüber einem Rückgang der Lebenshaltungskosten von 14,5 v. H. Für Vollarbeiter ist daher eine Reallohnsteigerung von etwa 11 v. H. in der Krisenperiode eingetreten. Dem Zwange zu einem stärkeren Nominallohnabbau ist England durch seine Währungsunterwertung ausgewichen.

In Italien werden nach dem Prinzip der Leistung der gesamten industriellen Lohnsummen durch die geleisteten Arbeitsstunden Durchschnittslohnverdienste der Arbeiter vom Statistischen Zentralamt regelmäßig seit Dezember 1928 festgesetzt. Der danach berechnete Lohnindex fiel vom Dezember 1928 mit 102 auf 88 im Juni 1932, das ist ein Rückgang von 13,7 v. H., dem nur eine Senkung der Indexziffer der Lebenshaltungskosten von 15,2 v. H. in der gleichen Zeit gegenübersteht. Auch in Italien ist der Reallohn in der Krise merklich angestiegen.

Für die Vereinigten Staaten von Amerika fehlen so vollständige Uebersichten über die Lohnbewegung, wie sie für England und Italien vorliegen. Dort sind die Unterschiede im Lohnabbau zwischen einzelnen Industriezweigen und auch unter den Betrieben des gleichen Geschäftszweiges besonders groß. Ein Durchschnittsbild liefert uns eine Gehalts- und Lohnhebung, die vom National Industrial Conference Board, einem Forschungsinstitut der Unternehmerverbände, im Frühjahr d. J. vorgenommen wurde. Es wurden 1718 größere Unternehmungen mit jetzt noch 2,4 Millionen beschäftigten Arbeitnehmern befragt, welche Lohn- und Gehaltshebungen sie seit dem Höchststand der Löhne bis April/Mai 1932 durchgeführt haben. Die Antwort ergab, daß die Lohnsätze der Arbeiter im Durchschnitt um 11,1 v. H., die Gehälter der Angestellten um 13,1 v. H. und die Gehälter der leitenden Angestellten und Direktoren um 14,9 v. H. gesenkt worden sind (wohlgemerkt: nach Angabe der Unternehmerverbände! Die Schriftl.). Auch hier ergibt sich bei all den Fällen, wo nur dieser Durchschnittsabbau oder noch ein geringerer eingetreten ist, in Anbetracht des Rückganges der Lebenshaltungskosten um 20 v. H. eine beträchtliche reale Lohn- und Gehaltssteigerung.

In Deutschland liegen die Verhältnisse ganz anders. Hier haben die Notverordnungen die Löhne und Gehälter vielfach noch stärker gesenkt, als es dem Preisfall entsprechen würde. Eine genaue Bilanz ist im Hinblick auf die Eingriffe der allerletzten Notverordnung noch nicht möglich.

der politischen Zerspaltung von uns abschütteln können. Dann straffen sich noch einmal die vom Hämmern gekrümmten Rücken der Alten, und die Jungen schreiten als Werkreuten in das kommende Morgen, den Hut zur Sonne gehoben; denn durch die Berägränge des Gladbader Schindes lernten sie das Wort Georges verstehen: „Und neuen Adel, den ihr sucht, führt nicht her von Schind und Krone.“ Heimgekommen hört ihr sie singen:

Wir sind heim, mein Junge.  
Nächten wir uns ein! Wachen wir unsere Hütten, wo es uns zulaßt.  
Zeit genug auseinander, die Erde, das Land ist frei!“  
Aug. G. jr.

### Buchbesprechung.

Eine Frau erlebt den roten Alltag. Von E. Körber, Hohwolt-Verlag, Berlin.

Das Buch nennt sich „Ein Tagebuch-Roman aus den Rutilaw-Berken“. Es ist mehr. Mit der Schilderung der Arbeits- und betrieblichen Organisationsverhältnisse jener riesigen Traktorenwerke, die zu den modernsten und (nach kommunistischem Begriff) best durchorganisierten Kollektivunternehmen Sowjet-Rußlands gehört, und mit der Schilderung des Siedelebens der „Genoffin Körber“, oder besser: des Versuches, sich einzuleben in diese Verhältnisse, geht es an das Problem Rußlands zugleich von zwei Seiten: Von der Seite der Verhältnisse-Schilderung zunächst. Der Verhältnisse im Betrieb, der Verhältnisse im „Kollektivleben“ der sog. Betriebsgruppen, und endlich der Frage Jugend und Jugendberziehung. Schon das, was hier konstatiert wird: Wohn- und Lebensbedingungen, Gemeinschaftsleben und Ehe bzw. Ehelosigkeit, kommunistische Kinder- und Jugendberziehung zeigt uns geradezu jenseitig und oft ungläubig das „andere“, neue Rußland, und den „anderen Menschen“ dieses neuen Rußlands. Die ganze Problematik der Frage „Wir und Sowjet-Rußland“ aber weißt uns die andere Perspektive, aus der das Buch den Kommunismus und sein Experiment betrachtet: die Sicht aus der Parallele Mensch und kommunistische Lebensform — den unheimlichen tragischen Kampf zwischen Individualismus und Vermassung, Einzelwesen und Kollektivismus. Das ist der Angelpunkt des Problems Kommunismus überhaupt, und die große Frage, die auch aus diesem Buche uns wieder entgegenklingt: Was muß scheitern: Mensch oder „System“ — Seele und Eigenleben oder das „Kollektiv“?

Man lieft eben darum dieses Buch mit verstärktem Interesse — es rückt in seiner Nähe der Dinge, das Problem Sowjet-Rußland, das Problem des Kommunismus näher, als ein halbes Duzend wissenschaftlicher Betrachtungen.

### Gestaltender Lebenswille im Werktag.

Zum Heil-Verjüng-Abend der Gewerkschaftsjugend in Bocholt.

In einem gemeinschaftlichen Werkabend hatten die Mitglieder der beiden Jugendgruppen des christlichen Textilarbeiterverbandes ihre Eltern sowie den Vorstand des genannten Verbandes eingeladen. Der Abend sollte ein Verjüng sein, Dichter, die aus dem Volke kamen, dem Volke zuzuhören. Der Verjüng gelang, wenn auch nur in engem Ausmaße. Des Lebenslied des Werkvolkes ist in zwei Chören gefeiert, als daß man, einem Oratorium gleich, in Stunden den Hymnus des Arbeiterjubiläums ausklingen lassen kann. Wir hörten darum nur eine Stimme, die Stimme desjenigen, der mit bräunlicher Gewalt über die Seiten seiner Empfindungen fährt und das Lied mit den eisernen Worten singt: Sein Verjüng, der Kesselschmid vom Rhein. Noch nie war der Arbeiter Sprecher, Säger seines eigenen Jubiläums. Erst der Weltkrieg mit seinem blutigen Geschehen machte ihn dazu. Eine neue Generation von Dichtern fand auf, die aus dem Werkvolke geboren, von diesem schiedlich und jung. Ein ganz Großer unter den Dichtern der Arbeit war Karl Höpfer, als der Held im Schatten, Ernst Geiser, der Säger des Lebens, Gerrit Engelke, der Sprüher, Max Barthel, Alfons Pehsel, Ernst Freygang ist sein Verjüng, der Kesselschmid. Wir wählten damals nach wenig von Heinrich Verjüng, als der Lehrer uns in der Schule ein Lied von ihm aus einer Zeitung vorlas:

Laß mich gehen, Mutter, laß mich gehen!  
Alles das Weizen kann uns nichts mehr nützen,  
denn wir geh'n, das Vaterland zu hängen.  
Laß mich geh'n, Mutter, laß mich geh'n,  
denn der letzte Strich will ich von dem Land dir hängen.  
Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen.  
Gelten haben wir ein Lied so geliebt wie dieses. Es war das Lied der Verjüng, die ausgoßen und im Herzen des Wort Deutschland sangen. Verjüng war die Stimme des Arbeiterjubiläums, weil in seinen Gedichten die Stimme der opfernden Gemeinschaft laut wurde. Man nannte Verjüng den Säger des Weltkrieges.

Doch das zweite Gedicht des Krieges, der sinnlose Vernichtungskampf, ließ bald die milder humanitären seiner Kriegesgedänge vernehmen. Das den begünstigten Akorden des Aufbruchs wird ein heimatverlassenes Volk, das hohe fremde Ruhes und gar bitteren Krieg:  
Wir armen Soldaten! Wir haben im Krieg kein sicheres Heim.  
Uns unsere Höhen lassen uns die Stämme kennen.  
Wenn wir denn, ungeschaffen von Augen, im Freien geh'n,  
fühlen wir unter Leben, wie im Winde, die uns umwehen.“  
Das Erkennen der großen Vernichtung, das tägliche Spiel von Blut und Tränen, Haß und Verzweiflung und das

### Ein neuer Verteidigungsversuch der Lahusen

Die Verteidigung der Brüder Lahusen, der Hauptschuldigen an dem Zusammenbruch des Nordwollekonzerns, hält es für zweckmäßig, ihren Antrag zur Haftentlassung nebst Begründung der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Diese Denkschrift ist sehr vornehm aufgemacht. Die Brüder Lahusen können sich eben eine kostspielige Propaganda noch leisten.

Den Angeklagten wird Bilanzvergehen und fortgesetzte Untreue vorgeworfen. Die Verteidiger versuchen selbstverständlich die Unschuld ihrer Mandanten nachzuweisen. Aber dieser Wahrheitsbemeis ist lüchelt und wenig glücklich. Unklare Buchungen werden als „Jahresendbuchungen für Bilanzzwecke“ bezeichnet. Darunter kann man sich leider sehr wenig oder alles vorstellen. Damit ist die Anklage wegen Bilanzverschleierung keineswegs widerlegt. Die Brüder Lahusen waren angeblich hochanständig, haben keine einzige Mark veruntreut und sogar ihren Aufwand für das Geschäft aus eigener Tasche bezahlt. Wie diese eigene Tasche gefüllt wurde, darüber gibt auch die Denkschrift keinen erschöpfenden Aufschluss. Jedoch wird zugegeben, daß E. G. Lahusen von der Ultramarine, jener berühmtesten holländischen Tochtergesellschaft des Nordwollekonzerns, im November 1929 ein Darlehen von 600 000 hfl. erhielt, also auf diesem Wege die eigene Gesellschaft anpumpte. Bei dem Zusammenbruch hatte er 10 Millionen Mark Schulden bei der Ultramarine. Immerhin gelang es ihm noch, durch einen Kredit bei der Hansabank diese Schuld abzudecken. Diese Tatsache spricht nach der Verteidigung für die Bonität des Angeklagten. Fragt sich nur, ob die Hansabank die 10 Millionen wiederbekommen hat.

Völlig ungeklärt sind nach wie vor die Aktiengeschäfte und Finanztransaktionen, welche die Brüder Lahusen für eigene Rechnung mit der Ultramarine getätigt haben. Die Denkschrift behauptet, den Lahusens seien bei der Ultramarine 5 Millionen Nordwolle-Aktien zum „Ausgleich für eine freiwillige Lantienkürzung“ für den Dividendenbezug „bereitgestellt“ worden. Dunkel ist der Rede Sinn! Haben die Leiter des Nordwollekonzerns Dividenden von Aktien bezogen, die ihnen nicht gehörten? Oder waren die 5 Millionen Aktien eine „Entschädigung“ für die Kürzung der Lantien? Ebenso sonderbar sind die Verkäufe von Aktien, welche die Ultramarine für die Brüder Lahusen „im eigenen Namen“ verwaltete. Es ist doch nicht üblich, fremdes Eigentum und eigene Mittel in einem Topf zu werfen. Sonderkonten existieren bei der Ultramarine nicht. Der Erlös aus den Aktienverkäufen wurde den Herren Lahusen ohne Buchungsfest gutgeschrieben. Diese Erklärung klingt wenig glaubhaft.

Zweck der Verteidigungsschrift ist wohl nicht so sehr der neue Entlastungsversuch als ein scharfer Angriff gegen die Deutsche Treuhand A. G. für Warenverkehr, die im Auftrage des Konkursverwalters den Konzern nachgeprüft und außerdem als Sachberater für das Gericht und die Staatsanwaltschaft auftritt. Die Verteidiger erklären diese Treuhandgesellschaft für parteiisch und voreingenommen, weil ihr Hauptaktionär, die D-Bank, Gläubiger der Nordwolle ist. Den Prüfern wird Unfähigkeit und böser Wille bescheinigt. Interessant an diesem Streit ist die Tatsache, daß hier von Unternehmerseite die Objektivität derartiger Treuhandgesellschaften in Abrede gestellt wird.

Hoffentlich wird der Prozeß gegen die Brüder Lahusen rasch abgemacht. Die Vorbereitungen haben lange genug gedauert. Mit Denkschriften und Pamphleten wird keine endgültige Klärung erzielt. Das deutsche Volk wartet auf den Richterspruch, der die Schuldigen des Nordwollebankrotts mit harter Strafe belegt. Die sieben erfolgte Haftentlassung und die Stellung von 1 Million Reichsmark Bürgschaft durch Bremer Bürger bleibt weiten Kreisen des Volkes, nicht zuletzt den vielen arbeitslos gewordenen Werksangehörigen, einfach unverständlich.

### Auch ein Vorschlag: Beitragsverbot für die Gewerkschaften

Die Bestrebungen gewisser Kreise, den Gewerkschaften unter Ausnutzung insbesondere der gegenwärtigen Krise allmählich das Wasser abzugraben, sind bekannt. Wiederholt hat die gewerkschaftsfeindliche Presse deutlich genug zu erkennen gegeben, wie interessiert jene Kreise vor allem daran sind, die Gewerkschaften in eine Zelle nach Möglichkeit zu schwächen. Was man auf dem Wege über die direkte Bekämpfung der Gewerkschaften nicht erreichte, sucht man auf diesem Umwege der finanziellen Schwächung der Gewerkschaften zu erreichen. Bezüglich der Krise der Gewerkschaften ist die kürzliche Bemerkung der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“, daß es mit der Treue der gewerkschaftsbeitragenden Arbeiterschaft sehr bald vorbei sein würde, wenn erst einmal die Zahlungsunfähigkeit der Gewerkschaften selbst de facto sei — dann beginne auch für jene Gewerkschaftstreue der überzeugten gewerkschaftlichen Anhängerschaft die Krisenzeit.

Offenbar dauert es gewissen Kreisen im deutschen Unternehmerlager zu lange, bis diese Krisenzeit eingetreten ist. Man bemüht sich deshalb nach allen Kräften, ein Liebriges dazu beizutragen und diese erhoffte Entwicklung zur Krise der Gewerkschaften zu beschleunigen. Ganz besonders charakteristisch ist dafür eine Auslassung, die die „Sächsische Industrie“, das Verbandsorgan der sächsischen Arbeitgeber, in seiner letzten Nummer zur Frage der Gewerkschaften macht. In einem Artikel „Selbstenttarnung des Marxismus“ wird darin, unter der üblichen Verallgemeinerung der Gewerkschaften mit dem Begriff „Marxismus“ und mit den sozialistischen Gewerkschaften, insbesondere die Auswirkung der sozialpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung und vor allem auch die Entwicklung der Lohnpolitik für die Arbeiterschaft behandelt. Die „Sächsische Industrie“ kommt dabei zu der Feststellung, daß die Lebenslage der Krisenopfer — nach ihrer Argumentation natürlich durch die Schuld der Gewerkschaften — sich bereits so stark verschlechtert hat, daß eine

## Rote Einheitsfront?

„Ob christlicher, sozialdemokratischer oder kommunistischer Arbeiter. Wir haben einen Feind. Das sind die Ausbeuter. Deshalb fort mit allen Gegensätzen. Reichen wir uns die Hand und reihen uns ein in die rote Klassenfront. Kämpfen wir unter Führung der K. P. D. für ein freies, sozialistisches Deutschland.“

(Aus der kommunistischen Betriebszeitung für die Beschäftigten des Hammer-Konzerns, „Rote Spindel“.)

Die Versuche, eine rote Einheitsfront herzustellen, sind von der K. P. D. gerade in den letzten Monaten außerordentlich stark betrieben worden. Man spekuliert dabei in der Hauptsache auf das Hungergefühl, d. h. man schiebt in der Hauptsache die materiellen Gesichtspunkte in den Vordergrund. Die ungeheure wirtschaftliche Not, der Angriff der Reaktion auf die wirtschaftlichen, sozialen und staatspolitischen Rechte der Arbeiterschaft erscheinen den Propagandisten stark genug für die Verfolgung ihrer Ziele. Abichtlich verschweigt man die weltanschaulichen Gegensätze innerhalb der Arbeiterbewegung, wie sie beispielsweise in der Gewerkschaftsbewegung zum Ausdruck kommen.

Es geht den kommunistischen Führern um die völlige Zerschlagung der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Die rote Gewerkschaftsinternationale erkannte ganz klar, daß besonders in Deutschland die Gewerkschaften, obwohl sie nur eine Minderheit der Gesamtarbeiterschaft erfassen, dennoch der bestimmende Teil in der Arbeiterschaft sind, daß also die (unorganisierten) Massen der Arbeiterschaft nur den Parolen von Organisationsfolgen. Diese Vormachtstellung der Gewerkschaften konnten die Kommunisten allein nicht brechen. Sie verlegten sich deshalb auf die taktische Eroberung der Gewerkschaften. Der 4. Kongreß der K. P. D. (Revolutionäre Gewerkschafts-Internationale) machte allen unorganisierten Partei-Kommunisten zur Pflicht, Gewerkschaftsmitglieder zu werden. Dann verlegte man den Schwerpunkt der Gewerkschaftsarbeit in die Betriebe, also außerhalb der Gewerkschaften. Bis zum Jahre 1929 kandidierten die Kommunisten auf den freigewerkschaftlichen Vorschlagslisten, und als durch ihre Wahl der Grundstein für kommunistische Betriebszellen gelegt war, ging man im Jahre 1930 auf Anweisung der K. P. D. und K. P. D. dazu über, in jedem Betrieb „rote Listen“ aufzustellen, auf denen unorganisierte und organisierte aller Richtungen und Parteien („Einheitsfront“) gemeinsam kandidierten, und die das Privileg der Gewerkschaften in den Betrieben brechen sollen. Heute, wo durch einseitige Verfügungen einzelner Urgerichte und durch Notverordnung der Regierung von Papen die Gewerkschaften durch Einhaltung der tariflichen Friedenspflicht zur Durchführung der Papenschen Lohnabbau-Verordnung vom 5. September gezwungen werden sollen, blüht der Weizen der Kommunisten in geradezu nie gesehenem Ausmaße. Wie groß die Vermirrung unter der Arbeiterschaft ist, mag folgendes Beispiel beweisen.

In einem Großtextilbetriebe in der Oberlausitz treiben die Kommunisten die Arbeiterschaft in den Streik. Nach einigen Tagen wird eine Betriebsversammlung abgehalten, und nun geschieht für denkende Menschen das schier Unfassbare: Der Vertrauensmann der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei übergibt der kommunistischen Streikleitung einen Betrag gesammelter Gelder zur Fortführung des Kampfes. Dieser Vorgang kennzeichnet die Vermirrung, die so weit geht, daß ausgesprochene „Kämpfer gegen den Marxismus“ Arm in Arm mit diesen marxistischen Vertretern der Arbeiterinteressen zu kämpfen.

Nicht zuletzt beruht diese „Einheit“ auf der offensichtlichen Gemeinsamkeit beider Organisationen in ihren grundsätzlich gemeinsamen Interessen.

Der Kommunismus will die Vernichtung der Kirchen. Die Vorgänge in Rußland beweisen das zur Genüge. Ein Führer der deutschen „Gottlosen“, Maslowsky, zitiert in einer Werbeschrift zu den letzten Reichstagswahlen („Kulturhande über Deutschland“) diese Erklärung als Beleg dafür, daß die K. P. D. die einzige Partei sei, die für die proletarischen Freiheitskämpfer in Betracht komme. Er weist in dieser Schrift auf die Leistungen des „siegreichen Proletariats in der Sowjetunion“ hin:

„Keine Staatszuschüsse mehr an die Kirche, kein Religionsunterricht in den Schulen, Abbau der Kirchen, Einschmelzung der Glocken zu Traktoren und Dampfpflügen, sobald die Bevölkerung das selbst beschließt, Beseitigung des Gotteslästerungspara-

weitere Senkung „gleichbedeutend mit der Preisgabe der Krisenopfer sein würde“. Angeht es um diese Entwicklung zu verhindern, macht deshalb die „Sächsische Industrie“ folgenden schönen Vorschlag:

„Es bleibt noch zu erwägen, ob die Reichsregierung nicht durch Notverordnung den Gewerkschaften untersagt, von Arbeitern und Angestellten, die mit Arbeitszeitkürzung, also auch mit gesenkten Löhnen arbeiten, Mitgliederbeiträge zu erheben. Ob die Gewerkschaften Schäden dabei erleiden, ob sie ihren Verwaltungsapparat abbauen müssen, ist gleichgültig.“

Die erwähnten sozialen bzw. Lohnpolitischen Argumente, mit denen die „Sächsische Industrie“ diesen Vorschlag bemängelt, ändern natürlich nichts an dem wirklichen Ziel dieses Vorschlages. Dasselbe ist so offensichtlich, daß es auch dem letzten Laien einleuchten muß. Könnte man zu dem krisenmäßig natürlicherweise erfolgenden Beitragsverbot der Gewerkschaften durch einen Verbot der Beitragshebung noch künstlich eine weitere Beitragsverminderung auf diesem Wege herbeiführen, dann läge vielleicht das erhoffte Ziel — die Zahlungsunfähigkeit und Krise der Gewerkschaften — nicht mehr so weit. Es braucht kaum hervorzuheben zu werden, wie unsinnig und geradezu lächerlich diese Idee ist. Aber gerade die Tatsache, daß es überhaupt möglich ist, solche Gedanken in einer offiziellen Arbeitgeberzeitung auszusprechen, zeigt deutlich, wie es heute um die Gefinnung gewisser Leute bestellt ist.

graphen, Fortfall aller Kirchenfeste und Einführung der Fünftageswoche — das ist, in Stichworten ausgedrückt, die proletarische Kulturpolitik, die der Bolschewismus aufzuweisen vermag. Der Bolschewismus bringt durch einen grandiosen sozialistischen Aufbau und eine gewaltige Kulturumwälzung in den Massen die Religion in zunehmendem Maße zum Absterben. Wir versprechen, dem großen Beispiel und Vorbild der russischen Proletarier zu folgen.“

Es ist darum wohl zu verstehen, daß die K. P. D. von ihren Funktionären in allererster Linie, aber auch von ihren Mitgliedern, den Kirchengaustritt verlangt und daß vor allem alle Mitglieder der kommunistischen Reichstagsfraktion aus der Kirche ausgetreten sind.

Damit nun aber nicht etwa doch noch die Religion und eine Kirche sich in einem russischen Winkel zurückziehen könnten oder aber Familien im geheimen ihrer Religion treu bleiben, hat der Rat der Volksbeauftragten einen neuen Erlass herausgegeben, der einen „Fünfjahresplan zur Ausrottung der Religion“ darstellt:

„Im ersten Jahr (1932/33) wird ein genauer Plan für die Schließung aller Kirchen und Gebetshäuser aufgestellt. Im zweiten Jahr werden alle religiösen Zentren innerhalb der Familie liquidiert, alle religiös gefärbten Personen werden aus den staatlichen Ämtern und Betrieben entfernt. Die gesamte religiöse Literatur und alle religiösen Kulte werden verboten. Im dritten Jahr werden die „Gottlosen-Zellen“ aktiviert. Bis dahin sollen 150 religionsfeindliche Filme hergestellt sein, die besonders zur Vorführung in den Schulen bestimmt sind. Im vierten Jahre soll die Uebergabe aller Kirchengebäude, Synagogen und Kapellen, an die Ortsbehörde und ihre Umwandlung in Lichtspielhäuser, Klubhäuser usw. erfolgen. Das letzte Jahr (1936/37) soll den Gottlosen-Fünfjahresplan zum Abschluß bringen mit dem erhofften Ergebnis, daß jeder Gottesbegriff aus dem Herzen des Volkes ausgelöscht ist.“

Der Nationalsozialismus will zwar nicht die Vernichtung der Kirchen, er will dem deutschen Volk nur eine neue religiöse Grundlage geben, von der aus allerdings bis zur Gottlosigkeit kein weiter Weg mehr ist. Grundlegend für diese Betrachtung ist das Werk des Hauptschriftleiters des Völkischen Beobachters, Alfred Rosenberg, „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“ (Seite 511):

„Der Mythos des Blutes, der Glaube, mit dem Blute auch das göttliche Wesen des Menschen überhaupt zu verteidigen. Der mit hellstem Wissen verköperter Glaube, daß das nordische Blut jenes Mysterium darstellt, welches die alten Sakramente erhebt und überwindet hat.“

Rosenberg wendet sich in der Hauptsache gegen die zentralen Höchstwerte der christlichen Kirche.

Der Kreuzestod Christi soll abgefoßt werden durch einen „lehrenden Feuergeist“, der den Helden im höchsten Sinn darstellt. Das Sündenbewußtsein wird abgelehnt.

„Ein deutsches Reich der Zukunft wird gerade die hinderliche Frau — gleich ob verheiratet oder nicht — als ein nicht vollwertiges Glied der Volksgemeinschaft betrachten und damit auch den Ehebruch des Mannes einer Korrektur unterziehen.“ (S. 558.)

Die Gnade ist eine mit Rechtskraft aufgelegte Religion, sie wird abgelöst durch (Seite 486) „die Idee der Ehre, der Nationallehre — wird für uns Anfang und Ende unseres ganzen Denkens und Handelns. Sie verdrängt kein gleichwertiges Kraftzentrum, gleich welcher Art, neben sich, weder die christliche Liebe, noch die freimaurerische Humanität, noch die römische Philosophie.“

Die Idee der Brüderlichkeit im eigenen Volk wird wie folgt abgetan (Seite 514): „Ein Volk von Brüdern ist eine Utopie und nicht einmal eine schöne.“

Gerade aus dem letzteren Gesichtspunkte heraus wird auch der rücksichtslose, politische Kampf verständlich, der selbst vor dem Leben des eigenen Volksgenossen nicht halt macht.

Wie bereits betont, liegen gerade hier die Scheidungslinien zwischen christlichen, kommunistischen und nationalsozialistischen Arbeitern. Eine rote Einheitsfront für alle Arbeiter ist eine Utopie. Die christlichen Arbeiter haben sich in den christlichen Gewerkschaften ein Instrument geschaffen, das sehr wohl in der Lage ist, die Anschläge gegen die Lebensgrundrechte der Arbeiter abzuwehren. Aber das ist nicht ihre einzige Aufgabe. Die Erhaltung christlicher Lebensgrundrechte ist ihr ein ebenso bedeutungsvolles Ziel, weil nur ein nach solchen Grundsätzen geleitetes Staatswesen die soziale, wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleichbewertung für den Arbeitnehmer bringen kann.“

### Mißbrauch der Notverordnung!

Die Notverordnung vom 5. September gibt den Betrieben, die als gefährdet anzusehen sind, die Möglichkeit, durch den Schlichter Erleichterungen von tarifvertraglichen Sätzen bis zu 20 Prozent zu bekommen. Dabei hat die Notverordnung allerdings nur daran gedacht, daß die Gefährdung des Betriebes durch die Erfüllung tarifvertraglicher Verpflichtungen entstanden ist. Wie es in Wirklichkeit gemacht wird, zeigt ein neues Beispiel, wo eine Firma für sich in Anspruch nimmt, gefährdet zu sein und wo bei näherer Prüfung die Gefährdung nicht etwa aus den durch die Tarifverträge festgelegten Verpflichtungen entstanden ist, sondern durch private Aufwendungen. In diesem Falle wurde nämlich festgestellt, daß bei den Berechnungen, die als Beweisunterlage für den Schlichter dienen sollten, Aufwendungen in Höhe von fast RM. 4000 für ein privates Rittergut, darüber hinaus aber noch Mietunkosten, die gar nicht vorhanden sind, in die allgemeine Unkostenabrechnung eingekalkuliert waren. Der Fall wird nun erst recht Veranlassung sein, den Verhältnissen in der Firma nachzugehen. Es ist jedenfalls ein typischer Beweis dafür, wie hier und da immer wieder versucht wird, unter Vorchiebung von Lohn- und Gehaltskürzungen eine Gefährdung des Betriebes nachzuweisen, die in Wirklichkeit durch private Manipulationen der Unternehmer herbeigeführt worden ist.

### Geschäftsstellenkonferenz des Bezirks Düren-Euskirchen

Am Sonntag, dem 16. Oktober, tagte in Düren im katholischen Arbeiterhopf die gut besuchte Geschäftsstellenkonferenz unseres Verbandes. Geschäftsführer Kollege Bröckes konnte die Vertreter aus allen Ortsgruppen des Bezirks begrüßen. Die Kollegin Gertrud Althausen, Düren, sprach das Industriemärchen: „Der Feld unbekannt“. Ueber die Lage des Verbandes im Geschäftsstellenbezirk verbreitete sich dann Kollege Bröckes. An Hand von Zahlenmaterial wies Kollege Bröckes auf die Entwicklung im Geschäftsstellenbezirk in bezug auf Mitgliederzahl, Gesamteinnahme und Unterstellungen in den letzten zwei Jahren hin. Auch im Geschäftsstellenbezirk ist die Krise mit ihren Betriebsstilllegungen und Arbeiterentlassungen nicht unbemerkt vorübergegangen. Davon gaben die Zahlen, die vorgetragen wurden, ein deutliches Bild. Trotzdem besteht kein Grund, zu verzagen, wir wollen gemeinsam versuchen, die Krise durch festeres Zusammengehen zu überwinden. Wenn gute Zeiten durch Krisen beendet werden, dann wird auch nach der Krisenzeit eine neue Zeit des Aufstiegs einsehen. In der nachfolgenden Diskussion sprachen die Kollegen Michael Ley, Josef Dammers, Josef Bauer, Winand Dammert, Lauren und Perich. Des Nachmittags bildete dann ein Referat des Hauptvorstandsmitgliedes Fritz Melcher-Düffelhof, das auch außerhalb der Konferenz Beachtung verdient, den Abschluß.

Der Redner sprach über das Thema: „Die Lage der Kurzarbeiter in der Textilindustrie“. Er kennzeichnete zuerst die Arbeit des Verbandes der letzten Zeit, die sich mit der Not der erwerbslosen Textilarbeiter befaßte, und berichtete über die im August an die Reichsregierung gerichtete Eingabe. Die Notverordnung bedeute ein ungeheures Geschenk an die Industrie und Landwirtschaft, während auf der anderen Seite die einseitige Belastung der Arbeiterschaft zu erkennen sei, die in der Mangelhaftigkeit der Lohnkürzung bis zu 28 Prozent liege.

Für Düren bedeute das, daß dem 22 Jahre alten Arbeiter mit 38 Arbeitsstunden von seinem Wochenverdienst von rund 20 M. noch etwa 1,70 M. gekürzt würden. Die Arbeiterschaft müsse sich dagegen wehren, daß die Kosten zur Behebung der Arbeitslosigkeit nur auf ihre Schultern abgewälzt würden. Bei den Meldungen der Schlichter über Neueinstellungen müsse man berücksichtigen, daß dies zu einem großen Teil eine rein saisonmäßige Erscheinung sei, die mit Regierungsmaßnahmen gar nichts zu tun habe. Nach der Verbandsstatistik arbeiteten 52 Prozent der Verbandsmitglieder kurz. Die Geschäftsstelle Düren verzeichne sogar rund 80 Prozent Kurzarbeiter. Besonders tröstlos sei die Lage der kurzarbeitenden Textilarbeiterinnen und Jugendlichen, deren Verdienst auf 14 M. pro Woche sinke. Die Kurzarbeiter ständen sich oft nicht besser, ja teilweise noch schlechter als die alles andere als günstig gestellten Vollarbeitslosen. Wer in der Dürener Textilindustrie 24 Stunden in der Woche arbeite, habe ein Monatsverdienst als Weber von 60 M. Bei zwei Kindern erhöhe sich diese Summe auf 66 M. Wenn man davon rund 20 M. an sozialen Beiträgen abrechne, verbleiben der vierköpfigen Familie 46 M. zum Lebensunterhalt.

Daß der zähe Kampf der Reaktion teilweise zum Erfolg geführt habe, sei z. T. auch Schuld der nichtorganisierten oder zur radikalen Gewerkschaftspolitik übergegangenen Arbeiter, vor allem aber derer, die die Rechte der Arbeiter einer verkehrten militärischen Spielerei und einer militärischen Uniform geopfert hätten. In Sarzburg sei am 4. Oktober 1931 der Grundstein für die Befestigung der Regierung Brüning-Stegerwald und für die Befestigung der Regierung von Papen gelegt worden. In dieser Tatsache andere auch nichts die Feststellung, daß die A.S.D.A.P. heute „in Kampf gegen Reaktion mache“. Die Arbeiterschaft werde mehr und mehr auf den Boden der Selbsthilfe zurückgedrängt. Das Rückliegende müsse sein, die Lebensverhältnisse der Textilarbeitererschaft vor aller Öffentlichkeit klarzulegen.

Dem in lebhaftem Beifall zum Ausdruck kommenden Dank der Versammlung für die Ausführungen gab Kollege Bröckes in herzlichen Worten Ausdruck. In der anschließenden Aussprache wurde die Not der Textilarbeitererschaft nochmals durch Beispiele unterstrichen und die Notwendigkeit der Treue zur Gewerkschaft betont. U. a. legte ein Kurzarbeiter seine Verhältnisse dar, die ein bezeichnendes Bild der Lage geben. Er arbeitet 32 Stunden in der Woche bei einem Höchstverdienst von 24 M. Wochenlohn, wovon nach den Abzügen noch etwa 19-20 Mark verbleiben. Ein weiteres Mitglied des Haushalts trägt noch 2,50 M. Erwerbslosenunterstützung bei. Mit diesem dürftigen Einkommen müssen 10 Personen unterhalten werden.

Im Schlußwort stellte Kollege Bröckes nochmals die christlich-nationale Haltung des christlichen Textilarbeiterverbandes heraus und schloß mit dem kräftig erwiderten Ruf: „Frei Volk — frei!“

### Berichte aus den Ortsgruppen

**Borghorft.** Wir sind auf der Hut! Wir lassen uns auch durch Zahlen an laufenden Band nicht irren machen! Die eindringliche Rundgebung unserer Textilarbeiterortsgruppe und Vollarbeitslosen in der vergangenen Woche bewies das. Auch der am folgenden Tage stattfindende „Mittagsmarkt“ — die Geschäftskrise unseres Ortes — und das Verbot unseres Vollarbeitslosenkomitees gegenüber der Versammlung keinen Abbruch tun. Der mit den Verfassungskomitee und unserer neuen Vollarbeitslosenkomitee schon geschlossene Verhandlungsfall hat wieder eine partielle Anzahl von Mitgliedern und Fremden unserer Bewegung veranlaßt, die sich zu den Ausführungen des Redners, Kollegen Meier-Düffelhof, zu Freiheit und Recht der deutschen Arbeiterschaft bekannten. Begeistert unterstrichen Versammlungs- und Diskussionsleiter des Gelübdes des Redners, für die Sache der christlichen Arbeiterschaft und unsere Gewerkschaften einzustehen und die sozialen Volksrechte zu behaupten. Gegen Reaktion und Diktatur! Gegen Verfassungsbrech und Verfassungsumwälzung! Gegen die Verdrängung der Arbeiterschaft! — Je größer die Gefahr, um so stärker bereit sein, das ist das Gelübde der Stunde. — Wenn einer noch am Ende dieser Stunde gezweifelt hat, dann müssen es ihm die Ausführungen des Redners gezeigt haben. Er bewies uns klar und deutlich das Streben der politischen Reaktion: die Massen der arbeitenden unteren Volksschichten auszunutzen und politische Mitsprache und so-

zialer Anerkennung und der Arbeiterschaft das Letzte zu nehmen, was sie verlieren kann: ihr soziales Lebensrecht.

Wir werden es zu verhindern wissen. Die Gewerkschaftsbewegung ist uns mehr als materielle Interessenorganisation. Sie ist uns Schicksalsgemeinschaft, in der wir unser Recht und unsere Freiheit behaupten. Nabe räumers Appell zu getreuer Mitarbeit im Verbande fand aus dieser Erkenntnis allgemeine lebhafteste Zustimmung. Wir sind bereit und auf der Hut!

**Deffentliche Rundgebung in Heddingen/Hbz. für die Lebensrechte der Arbeiterschaft.** Langjährige Wirtschaftsnot, in jüngster Zeit gepaart mit Arbeitgeberwillkür, mit Diktaturgeboten im großen und kleinen haben eine ungeheure Erregung und Bewegung in der Arbeiterschaft entstehen lassen. Ein Ausdruck dafür war eine große Rundgebung der christlichen Textilarbeiter in Heddingen am Mittwoch, dem 5. Oktober 1932. Der Konstantiaaal des „Museums“ konnte bei weitem nicht die Massen bergen, so daß der große Saal in Anspruch genommen werden mußte.

Mit ersten Worten führte der Redner, Geschäftsführer W. Gößling, Stuttgart, aus: Sinn und Zweck der Rundgebung ist 1. die Arbeiterschaft aufzurütteln, zur Selbsthilfe aufzurufen, 2. die breite Öffentlichkeit mit unserer Not und unserem Wollen bekannt zu machen, 3. an das Verantwortungsgelühl der Unternehmer und der maßgebenden Behörden mit aller Eindringlichkeit zu appellieren.

Die grenzenlose Verelendung unserer Arbeitslosen ist untragbar und unverantwortlich. Die niedrigen Unterstützungsätze, vor allem auf Grund der Bedürftigkeitsprüfung, zwingen zu einer dem deutschen Kulturstande unwürdigen Lebensführung. Unerrätlich ist vor allem die Art der Bedürftigkeitsprüfung, weil diese hart an eine absolute Rechtslosmachung grenzt. Wir wollen keine Proletarisierung unserer Arbeitslosen. Die Notverordnung vom 5. September 1932 belastet in unerträglichem Maße, mit krasser sozialer Ungerechtigkeit die Arbeiterschaft. Mit roher Hand greift man in das Tarifrecht, gibt die Handhabe zu einem diktatorischen Lohnabbau, läßt es aber in bezug auf Hilfe für die Unternehmer nicht an Großzügigkeit fehlen. So geht es nicht! Der Weg zur Gesundung unseres Wirtschaftslebens geht nimmermehr über eine total verarmte Arbeiterschaft. Schärftes Widerstand der Arbeiterschaft haben die jüngsten Maßnahmen in den hiesigen Betrieben hervorgerufen. Teilweise wird ein Lohnabbau bis zu 25 Prozent unter Mithilfe von Recht und Gesetz durchgeführt. Dies bei gesteigerter Arbeitsleistung. Sollen auch in unseren Betrieben kollektive Vereinbarungen erzwungen werden durch diktatorische Maßnahmen? Die Arbeiterschaft erkennt mehr und mehr: Wenn sie leben will, muß sie kämpfen! Es ist unserer Ehre zuwider, neben dem Arbeitslohn noch Wohlfahrtsunterstützung beantragen zu müssen. Wir protestieren gegen all diese unsozialen Maßnahmen, wir wollen arbeiten, aber auch leben können. Wir wollen gewahrt wissen Recht und Mitbestimmung. Der Arbeiterschaft rufen wir zu: Kopf hoch und nicht verzweifeln! Und legt man uns in Ketten, wir erringen uns dennoch das Morgenrot einer sozialeren Zeit.

Mit innerer Teilnahme war die Versammlung den Ausführungen gefolgt, die sich in einem reichen Beifall löste. Folgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen:

### Entschlüsse

der christlich-nationalen Arbeiterschaft Heddingens gegen wirtschaftliche und politische Diktatur, für den sozialen Volksstaat, für den Gleichberechtigung aller Stände und Schichten.

Unabgare Not rüstet am Ruch der deutschen Arbeitskraft. Einseitig der Arbeiterschaft aufgebürdete Lasten und Opfer rufen höchste Erbitterung und schärfsten Widerstand hervor. Verbürgte Rechte der Arbeiterschaft werden gefährdet, die in jahrelanger Arbeit aufgebaute Sozialversicherung dem Guldünken der Regierung ausgeliefert. Die Arbeiterschaft Heddingens fordert von der Regierung:

1. Beseitigung oder starke Milderung des Lohn- und sozialpolitischen Teiles der Verordnung vom 5. September 1932.

2. Verstärkten Schutz der Arbeiterschaft vor Willkür und Mißachtung; Begehung einer christlich-sozialen Wirtschaftsordnung.

3. Schutz der Arbeitslosen und Rentner vor einer dem deutschen Kulturstande unwürdigen Verelendung.

Sie erwartet von den Arbeitgeber:

Schutz mit dem Lohnabbau, da eine weitere Einkommensenkung für die Arbeiterschaft untragbar ist und diese dem Radikalismus mit all seinen verberlichen Folgen in die Arme treibt.

Sie erwartet von allen Arbeitnehmern kameradschaftliches und solidarisches Zusammenstehen in den Reihen der kämpferischen christlichen Gewerkschaften unter der Parole:

Einig gegen weitere Verelendung! Geschlossen für den Aufstieg der Arbeiterschaft!

**Jöllensbeck.** Jubiläumstest! Der Vorstand der Ortsgruppe Jöllensbeck hatte am 15. Oktober abends 8 Uhr die Mitglieder und Fremde zu einer Jubiläumstest zur Ehrung der Jubilare eingeladen. Trotz schlechten Wetters war der Republikaal des Anwaltsvereins hielt der Vorsitzende, Kollege Antrup, die Begrüßungsansprache. Er gab seiner Freude Ausdruck über die große Festversammlung und hieß alle herzlich willkommen. Später noch wieder acht Jubilare 25 Jahre dem Verbanne die Treue gehalten. Nach einem Gedicht, Musikstücken, Reigen und Aufführung des Stückes „Betriebsführung“ (mündliche Jugendgruppe) und nach Darbietungen der Rundharmonikakapelle der Jugendgruppe Gütersloh folgte dann die Festrede des Kollegen Hebe. Er überbrachte den Jubilaren die besten Grüße des Zentralvorstandes und des westfälischen Verbandsbezirks. Auf der Idee des Gemeinschaftsgebührens in Sinn, Volk und Wirtschaft haben wir aufgebaut. Als christliche Gewerkschaften haben wir daraus auch ein Lebensrecht in Staat und Wirtschaft. Dieses Lebensrecht der Arbeiterschaft aber ist aufs nächste bedroht. Die Reaktion glaubt, gegen die Arbeiterschaft regieren zu können. Was die christliche Arbeiterschaft jetzt ihre Aufgabe erkennen, wagen wir alle zusammenzusehen als eine große Textilarbeiterfamilie und arbeiten für unser geliebtes deutsches Vaterland. Der große Beifall zeigte, daß der Redner aus aller Herzen gesprochen hatte.

Nach folgte die Ehrung der Jubilare. Ihnen wurde im Auftrag des Zentralvorstandes vom Kollegen Gehring das Diplom und die silberne Verbandsmedaille für 25jährige treue Mitgliedschaft überreicht.

Die Kameradschaftenvereinskapelle gab nun wieder ihr Bestes. Es folgten dann eine Aufführung „Gedichte Lust“ (weibliche Jugendgruppe) und Musikstücke der Jugendgruppe Gütersloh. Kollege Gehring sprach das Schlußwort. Er dankte allen, die diese Fest mit vorbereiteten, für ihre Treue. Er gab dem Wunsch Ausdruck, das zu beherzigen, was Kollege Hebe uns zu sagen hatte. Mit einem flotten Zapfenstreich der Kapelle wurde die feste Feier beendet.

**Witten.** Für Recht und Freiheit der deutschen Arbeiterschaft! — Klassenkampf! — Jetzt Leute, die vom „Kameradschaften“ der christlichen Gewerkschaften und vom „Kameradschaften“ unserer Bewegung getrennt, hätten diese imponierende Rundgebung sehen müssen! Kann besser als durch unser Bekanntnis zu den Grundfragen unserer Bewegung konnten die Klassenkämpfer und der Gewerkschaften eines Standes ein Ausdruck kommen. Und der Redner des Tages, Kollege Meier-Düffelhof, hat schon recht, wenn er in seinen grund-

sätzlichlichen Darlegungen zu den gegenwärtigen politischen Verhältnissen ausführte: Raum ein anderer Stand hat aus diesem Gemeinschaftsgefühl und aus wirklichem Nationalsein in den letzten Jahren solche Opfer gebracht wie die Arbeiterschaft. Aber es gibt eine Grenze. Auch für solche Opfer. Wo die Existenzmöglichkeit aufhört, muß auch das nationale Bewußtsein verloren gehen. Diese Grenze aber ist längst erreicht. Millionen Arbeiter leben in Not und Elend. Die Politik der Regierung von Papen hat ihnen das Letzte genommen. Immer größer wird die Gefahr des Radikalismus als Folge dieser Entwicklung. Die Politik von Papen aber hat auch mit Christentum nichts mehr zu tun. Sie schlägt dem natürlichen Minderrecht des Menschen und dem Gehebe des Christentums ins Gesicht. Dagegen setzt die Arbeiterschaft sich zur Wehr. Sie muß sich aber auch wehren gegen die gegenwärtigen politischen Methoden der Regierung, die raktisch darauf hinauslaufen, uns politisch zu entmündigen. Für Freiheit und Recht der Arbeiterschaft eintreten heißt: für Freiheit und Recht des ganzen Volkes kämpfen.

Die Ausführungen des Redners, immer wieder von lebhaften Zustimmungsausrufen der Versammlung unterbrochen, endeten in einem minutenlangen stürmischen Beifall, der im Lautschall, in dem Gelächris der Verammlung für Freiheit und Lebensrecht unseres Volkes ausklang. — Kollege Meier-Düffelhof, der die Rundgebung eröffnete und leitete, konnte mit Recht feststellen, daß auch die Rheinischer Arbeiterschaft bereit ist, für den sozialen Volksstaat und die Wahrung unserer Volksrechte einzutreten und gemeinsam zusammenzutreten gegen alle Reaktion und alles Scharfmachertum.

**Schießbahn.** Josef Coenen †. Ein lieber Freund und aufrichtiger Gewerkschaftler ist von uns geschieden. Josef Coenen, der Jugendführer der Ortsgruppe Schießbahn, starb plötzlich und unerwartet in seinem 26. Lebensjahre. Er war ein charaktervoller Mensch, der stets seine ganze Kraft in die Dienste der Arbeiterbewegung stellte. Einfach und schlicht, mit jugendlichem Idealismus erfüllte er die ihm gestellten Aufgaben.

Am Samstag, dem 29. Oktober, wurde er zu Grabe getragen. Welches Ansehen Josef Coenen in seinem Heimatort besaß, bewies die zahlreiche Beteiligung an seinem Leichenbegängnis. Die Jugendgruppen waren mit Sturmbanner und Wimpel vertreten und dokumentierten damit die Anhänglichkeit und Treue zu ihrem Führer. Im Saale Tillmanns fand eine kurze Trauerfeier statt. Der Kirchenchor Schießbahn nahm Abschied von seinem verstorbenen Mitglied durch Vortrag einer Trauerweisen. Kollege Johann Müller von der Hauptgeschäftsstelle des Verbandes hielt die Trauerrede, welche bei den Anwesenden tiefen Eindruck hinterließ.

Josef Coenen ist nicht mehr. Wir ehren sein Andenken, indem wir seine treue Pflichterfüllung nachahmen. Der Jugendgruppe Schießbahn wird der verstorbene Führer unvergesslich bleiben.

**Wettingen.** Alle Mann an Bord! Das war die Parole, die unserer Wirtsch. Rundgebung galt; das ist die Parole, die uns auch in den kommenden Wochen und Monaten gelten muß! Sie fand in unserer Versammlung ein Echo, das auch die erbittertesten Gegner der Arbeiterschaft aufhorchen lassen wird. Eine vollzählige, gut disziplinierte und orientierte gewerkschaftlich geschlossene Arbeiterschaft füllte den Saal bis zum letzten Platz. Restlos sollten die Anwesenden den Ausführungen des Kollegen Meier (Düffelhof) über die Bedeutung der gegenwärtigen politischen Vorgänge für die Arbeiterschaft ungeteilte Aufmerksamkeit. Oft wurden seine Ausführungen lebhaft unterstrichen. Wir dürfen ihm besonders dankbar sein, daß er trotz seines unzulänglichen gesundheitlichen Befindens uns nicht im Stich ließ und nicht bloß dennoch da war, sondern auch sein Bestes hergab, in begeisternden, grundlegenden Ausführungen uns zu zeigen, um was es geht. Vor allem seine leidenschaftliche Anklage gegen die Regierung von Papen und ihre Sozial- und Wirtschaftspolitik fanden stürmische Zustimmung der Versammlung. Die Masse der Arbeiterschaft leidet bitterste Not, und ihr Glaube an soziale Gerechtigkeit ist verloren gegangen. Ernste Gefahr für Volk und Nation drohen daraus. Das ist das Ergebnis dieser Regierungspolitik. Eine Gefährdung der wichtigsten Lebensinteressen unseres Staates, wie sie größer kaum denkbar ist. Die Arbeiterschaft muß diese verhängnisvolle Politik ablehnen und bekämpfen mit allen Mitteln. Scharf und entschlossen brachte das die Versammlung zum Ausdruck. Kollege Meier ers Appell zur Gewerkschaftstreue und Gefolgschaft fand ein starkes Echo. Die hiesige Arbeiterschaft wird nach seiner Mahnung handeln: sich nicht irren machen lassen, sondern treu zu unserer Sache stehen.

### † Sterbetafel †

- Viktoria Rauh, Rempten, 51 J. — Ida Koch, Langenbielau, 47 J. — Thomas Leymann, Aachen, 67 J. — Sch. Brodwohlf sen., Aachen, 57 J. — Josef Düken, Aachen, 59 J. — Jakob Bremen, Aachen, 77 J. — Joh. Wilh. Kreis, Walheim, 63 J. — Wilh. Klein, M. Glabach, 63 J. — Aug. Meßen, Lobberich, 80 J. — Anna Oberk., Glendorf, 59 J. — Ernst Nottebohm, Barmen, 36 J. — Valentin Montag, Bamberg, 77 J. — Jak. Ruffers, Lobberich, 46 J. — Leo Böhrer, St. Gasten, 54 J. — Johann Nälten, Würselen, 50 J. — Kath. Horbach, Aachen, 51 J. — Kath. Schmidt, Biersen, 71 J. — Wilh. Bücken, Baals, 66 J. — Joh. Delens, Aachen, 64 J. — Johanne Wucht, Grünberg, 65 J. — Maria Adolf, Zittau, 34 J. — Martha Müller, Reuland/Schlesien, 41 J. — Joh. Hansen, Rheindahlen, 75 J.

Ruhe in Frieden!

### Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Die wahren Rechte des Volkes. — Eine Bilanz der Lohn- und Preisrevolution. — Ein neuer Verteidigungsvorschlag der Laquais. — Auch ein Vorschlag: Beitragsverbot für die Gewerkschaften. — Rote Einheitsfront? — Mißbrauch der Notverordnung! — Geschäftsstellenkonferenz Düren-Euskirchen. — Feuilleton: Gestalteter Lebenswille im Werktag. — Anbessprechung. — Berichte aus den Ortsgruppen: Borghorft. — Deffentliche Rundgebung in Heddingen/Hbz. für die Lebensrechte der Arbeiterschaft. — Jöllensbeck. — Rheine. — Schießbahn. — Wettringen. — Sterbetafel.



Schriftleitung: Otto Meier, Düffelhof, Florastraße 2.